



KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG: Zeitgleich mit dem Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wurde die Intensivierung des KAS-Engagements in Japan eingeläutet.



RECHTSSTAAT: Das XIV. Verfassungsrichtertreffen in Peru befasste sich mit der internationalen Rechtsprechung über Menschenrechte – ein sehr aktuelles Thema in Lateinamerika.



MEDIEN: Der kroatische Staatspräsident Stjepan Mešić eröffnete eine internationale Konferenz der KAS zum Thema „Medien und Demokratie in Südosteuropa“.



PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG: Die KAS Summer Academy in Johannesburg bot ein Fortbildungsprogramm im Bereich der politischen Kommunikation für Oppositionspolitiker aus afrikanischen Ländern an.

INDIEN WILL VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Der indische Finanzminister Palaniappan Chidambaram sprach in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema: „60 Jahre Unabhängigkeit Indiens – von Reformen im Innern zu weltpolitischer Verantwortung“. In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, die weltpolitische Verantwortung, die mit der wirtschaftlichen und politischen Öffnung Indiens einhergehe. Kein Land der Welt werde angesichts der weltweiten Herausforderung in der Lage sein, die Grundlagen einer globalen Ordnungspolitik alleine durchzusetzen. Diese Prozesse zu begleiten sehe die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer internationalen Arbeit als eine zentrale Aufgabe an. Finanzminister Chidambaram bekannte sich zur globalen Verantwortung seines Landes. Die Reform multinationaler Organisationen werde man aktiv unterstützen. Klimaschutz und die Sicherung der Energieversorgung, einschließlich der Nutzung der Kernenergie, seien zentrale Themen für Dialoge mit



V.l.n.r. Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS, Meera Shankar, Botschafterin Indiens in Berlin, Palaniappan Chidambaram, indischer Finanzminister, Prof. Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der KAS

den strategischen Partnern, zu denen auch Deutschland zähle. Indien sei bereit, als gleichberechtigtes Mitglied ein offenes, auf Regeln beruhendes Welthandelssystem mit zu gestalten. Zunächst müssten aber die wirtschaftlichen und sozialen Reformen im Innern vorangetrieben werden. Nachhaltiges und sozial ausgewogenes Wachstum sei nur dann zu erreichen, wenn der

Fortsetzung auf Seite 3

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunkt
Outreach-Staaten
- Seite 4
Wirtschafts- und
Sozialordnung
- Seite 6
Rechtsstaat
- Seite 8
Medien
- Seite 10
KAS-Panorama
- Seite 12
Parteien- und Parlaments-
beratung
- Seite 13
Politischer und Sicherheits-
dialog
- Seite 14
Demokratie und Entwicklung
- Seite 16
Werte- und Religionsdialog
- Seite 18
Energie und Umwelt
- Seite 19
Neuigkeiten aus der Inter-
nationalen Zusammenarbeit
- Seite 20
Neuerscheinungen

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



Entwicklungszusammenarbeit wird heute verstärkt als Aufgabe verstanden, mit zuverlässigen Partnern auf eine Gestaltung des Globalisierungsprozesses hinzuwirken. Besondere Relevanz hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnerländern, die über ihr jeweiliges Land hinaus Veränderungsprozesse anstoßen können. Voraussetzung für diese Kooperation sind Dialog und vertrauensvoller Austausch.

Im Zuge der deutschen G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 wurde mit dem „Heiligendamm-Prozess“ ein neuer themenspezifischer Dialog mit den großen Schwellenländern angestoßen. Zur Gruppe der daran beteiligten sogenannten Outreach-Staaten gehören Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Diese Nationen machen als globale Akteure in verschiedenen Politikfeldern zunehmend auf sich aufmerksam und sind auch als regionale Gravitationszentren von großer Bedeutung. Besonders der rasche Aufstieg der asiatischen Schwergewichte China und Indien bedeutet für die westlichen Industrieländer eine strategische Herausforderung.

Gleichzeitig erfordert der wachsende Einfluss dieser Staaten auch deren Bereitschaft, verstärkt globale Verantwortung zu übernehmen und sich konstruktiv in die Lösung überregionaler Probleme einzubringen. Diese Länder müssen – so der Weltbankpräsident Robert B. Zoellick – zu „responsible stakeholders“ aufwachsen und in die globalen Strukturen eingebunden werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in den Outreach-Partnerländern bereits seit vielen Jahren präsent. Die Stiftung hat den intensiven Kontakt mit diesen Nationen stets gepflegt und wird als Partner in diesen Ländern geschätzt. Der Besuch des indischen Finanzministers Palaniappan Chidambaram in der Berliner Akademie der KAS im September 2007 stellte dies unter Beweis. Der Dialog mit diesen Ländern zu den Problemstellungen einer globalen Ordnungspolitik soll im Rahmen unserer internationalen Zusammenarbeit in Zukunft weiter verstärkt und ausgebaut werden. Einen ersten Auftakt dazu bildete im Oktober 2007 ein Fachgespräch in Mexiko-Stadt zur Position Mexikos in den Systemen der Global Governance. Diese Gesprächsreihe wird mit den anderen Outreach-Staaten fortgesetzt werden, um auch hier den Informationsaustausch zu erhöhen und gemeinsame Lösungsansätze zu erörtern.

Der intensive Dialog mit diesen wichtigen Partnerländern über die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der globalen politischen und wirtschaftlichen Architektur ist unabdingbar. Nur über eine enge Zusammenarbeit ist die konstruktive Gestaltung des Globalisierungsprozesses möglich. Wir sind der Überzeugung, dass auf diesem Weg die Chancen der Globalisierung noch mehr Menschen zugänglich gemacht werden können.

Allen Lesern wünsche ich eine interessante Lektüre und vielfältige Anregungen.

Über Ihre Meinung, Kritik und neue Ideen freuen wir uns.

Berlin, im November 2007

Gerhard Wahlers
Dr. Gerhard Wahlers

Stellvertretender Generalsekretär der KAS



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
e. V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Gesamtkoordination
■ Karolina Ryszka:
Assistenz

■ Catrin Czyganowski:
Werte- und Religions-
dialog

■ Dr. Nino Galetti:
Medien, Energie und
Umwelt

■ Dr. Karsten Grabow:
Parteien- und Parlaments-
beratung, Politischer-
und Sicherheitsdialog

■ Andrea Kolb:
Demokratie und
Entwicklung

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

dpa, Fotolia, KAS,
gmp – Architekten

© 2007

Konrad-Adenauer-Stiftung
e. V.



Der indische Finanzminister P. Chidambaram während seiner Rede in der Akademie der KAS in Berlin

SCHWERPUNKT OUTREACH-STAATEN

INDIEN WILL VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Fortsetzung
von Seite 1 ►

wirtschaftliche Strukturwandel vom Ausbau der Infrastruktur und einem flächendeckenden Angebot an sozialen Grunddiensten für jeden Bürger Indiens begleitet werde. Die Leistungen des indischen Staates müssten insgesamt gesteigert werden. Das demokratische Gemeinwesen sei die wichtigste Errungenschaft der Unabhängigkeit Indiens gewesen. Dieses einigende Band hätte über alle sozialen Schwierigkeiten, äußeren Bedrohungen und Verfassungskrisen hinweg bewahrt werden können. Die Potentiale Indiens und seiner Nachbarn könnten nur dann freigesetzt wer-

den, wenn es gelinge, friedliche Beziehungen zwischen den Ländern Südasiens dauerhaft sicherzustellen. So sei Indien bereit, eine Vorreiterrolle bei der Schaffung einer südasiatischen Freihandelszone (SAFTA) zu übernehmen. Die Erfolge bei der Aussöhnung mit Pakistan seien ermutigend. Dr. Andreas Schockenhoff MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte in seinem Kommentar die gemeinsame Wertebasis, die der Westen mit Indien teile. Er unterstrich nochmals, dass Indien aktiv bei der Gestaltung einer globalen Ordnung mitwirken müsse.

KAS-DIALOG ZUR GLOBALEN ORDNUNGSPOLITIK MIT DEN OUTREACH-STAATEN



EXPERTENFACHGESPRÄCH IN MEXIKO-STADT

Mexiko muss seine strategische Positionierung als Mittelmacht im Globalisierungsprozess schärfen. Diese Botschaft ging vom Fachgespräch zur Rolle Mexikos in einer globalen Ordnungspolitik, das Anfang Oktober in Mexiko-Stadt geführt wurde, aus. Parlamentarier, Vertreter aus Ministerien und internationalen Organisationen sowie Experten mexikanischer Hochschulen und Think Tanks diskutierten die wirtschaftliche und politische Rolle Mexikos sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene. Dabei wurde die Diskussion nach Fragen einer globalen Wirtschaftsordnung, globalen politischen Ordnungsmechanismen, Fragen einer möglichen internationalen Sozialordnung sowie des dahinter stehenden Wertesystems strukturiert. Mexiko gehört neben Brasilien, China, Indien und Südafrika zur Gruppe der fünf sogenannten Outreach-Staaten, die im Prozess der Globalisierung nicht zuletzt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark an Bedeutung gewonnen haben. Die fünf großen Schwellenländer nehmen zudem als regionale Zentren auf ihrem Kontinent eine besondere Rolle ein. Dieser Aspekt ist für das Ankerland Mexiko von herausgehobener Relevanz. Mehr als die übrigen Outreach-Staaten muss sich das Land wirtschafts- und geopolitisch mit einer schwierigen Position arrangieren: Diese ist

gekennzeichnet durch eine starke Abhängigkeit von den USA und einem schwächer gewordenen Einfluss in Zentral- sowie Südamerika.

Das Land hat sich vor allem im Hinblick auf Fragen der globalen Wirtschaftsordnung in den letzten Jahren als pragmatischer Akteur gezeigt. Jedoch nicht ohne Widerspruch: Mexiko bekennt sich zum Multilateralismus, setzt sich für die Reform der bestehenden internationalen Organisationen ein und steht alternativen regionalen Bündnissen, wie der zuletzt von Venezuelas Präsident Hugo Chavez initiierten „Bank des Südens“, ablehnend gegenüber. Dennoch hat das Land inzwischen über 40 bilaterale Freihandelsabkommen weltweit abgeschlossen, die das multilaterale System in seiner Funktionalität schwächen.

Eine stärkere Verantwortung sollte Mexiko nach Einschätzung der Experten als globaler Akteur mit Vorreiterrolle in sozialen Fragen wie Migration und Arbeitnehmerfreizügigkeit übernehmen. Zudem könnte Mexiko, das sich in manchen Fragen weder eindeutig der Gruppe der Schwellen- noch derjenigen der Entwicklungsländer zuordnet, eine vermittelnde Brückenfunktion zwischen diesen jeweiligen Gruppierungen übernehmen. In diesem Zusammenhang müssten nach Ansicht der Teilnehmer auch die Beziehungen zu den übrigen Outreach-Staaten intensiviert und stärker koordiniert werden.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft kann einen nachhaltigen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Entwicklung leisten, indem es die Starken fördert, diese aber zugleich an ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung erinnert.

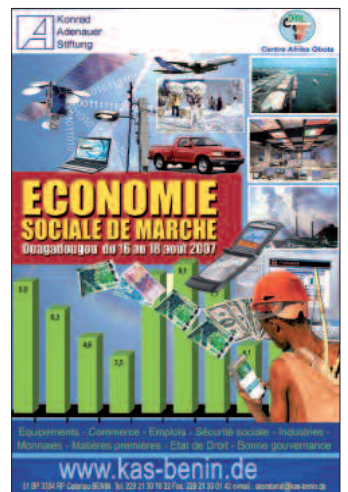
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – EIN MODELL FÜR AFRIKA?

WESTAFRIKANISCHE REGIONALKONFERENZ DISKUTIERT ÜBER GRUNDLAGEN UND PERSPEKTIVEN

Im Rahmen einer Regionalkonferenz mit Teilnehmern aus Benin, Togo, Burkina Faso, Niger, Mali und der Elfenbeinküste diskutierte das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika (PDWA) der Konrad-Adenauer-Stiftung Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und die Möglichkeit, diese in Afrika umzusetzen. Die Konferenz in der Hauptstadt von Burkina Faso, Ouagadougou, führte Vertreter verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen zusammen, welche sich mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen. Die meisten Teilnehmer kamen von den langjährigen KAS-Partnern SOS Civisme und Centre Afrique Obota (CAO). Mit diesen Partnern startet das PDWA ab 2008 eine Zusammenarbeit zur Förderung marktwirtschaftlichen Denkens in Westafrika. Ziel der Kooperation ist es, wirtschaftliche Zusammenhänge und Grundlagenkenntnisse einer breiteren Bevölkerung zu vermitteln. Unter anderem wird erstmals die Produktion einer wirtschaftspolitischen Fernsehserie im frankophonen Westafrika geplant. Die Regionalkonferenz diente der Vorbereitung der Partner auf diese neue Etappe der langjährigen Zusammenarbeit.

In Ouagadougou wurde das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von Prof. Dr. Peter Hampe vorgestellt, der an den Hochschulen von München und Dresden Volkswirtschaft lehrt. In der dreitägigen Veranstaltung ging es darum, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der westafrikanischen Realität zu diskutieren. Der westafrikanische Wirtschaftsraum ist stark landwirtschaftlich geprägt und nur schwach industrialisiert. Die demographische Herausforderung ist groß: Von heute 70 Millionen Einwohnern in den sechs Teilnehmerstaaten der Konferenz wird sich die Bevölkerung auf rund 200 Millionen Einwohner in den nächsten vierzig Jahren erhöhen. Einig waren sich die Teilnehmer, dass nur eine gute wirtschaftliche Entwicklung Westafrika aus der Krise führen kann.



Plakat der Regionalkonferenz zur Sozialen Marktwirtschaft in Burkina Faso

+++ KURZMELDUNG +++

Parlamentarier aus Entwicklungsländern und der EU im Dialog



V.l.n.r. Joseph Lukiamuzi, EVP/ED-Fraktion, Frank Spengler, stellvertretender Leiter Internationale Zusammenarbeit, Michael Gahler MdEP und Andrea Kolb, Projektreferentin der KAS

Im Juni fand in Wiesbaden die 13. Paritätische Parlamentarische Versammlung der AKP und der EU statt. Das Dialogforum ist das weltweit größte Parlamentariertreffen. Es tagt zwei Mal im Jahr und bringt jeweils 79 AKP- und EU-Parlamentarier zusammen. Das paritätische Forum fördert den Nord-Süd-Dialog auf gleicher Augenhöhe. Schwerpunkt der Gespräche ist die Entwicklungszusammenarbeit. Die AKP ist eine selbstständige internationale Organisation mit 79 Mitgliedstaaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik. EU und AKP blicken inzwischen auf fast 50 Jahre Zusammenarbeit zurück.

+++ KURZMELDUNG +++

Volker Kauder in Indien

Ende August 2007 besuchte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, Indien. Stationen seiner Reise waren Neu-Delhi, Bangalore und Kalkutta. Er nahm an einem außen- und sicherheitspolitischen Dialog teil und traf u. a. mit dem indischen Außenminister, Pranab Mukherjee, sowie mit dem Minister für Handel und Industrie, Kamal Nath, zusammen. Darüber hinaus führte er Gespräche mit Abgeordneten des Indisch-Deutschen Parlamentarierforums.





Kommunikationskampagne des Regionalprogramms Nahost zur Sozialen Marktwirtschaft

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

FREIHEIT UND ORDNUNG FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

KAS-KAMPAGNE ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN NORDAFRIKA UND NAHOST

Die Öffnung der Märkte, Privatisierung und Stärkung privaten Unternehmertums prägten in den letzten Jahren die Bemühungen zahlreicher Staaten in Nordafrika und Nahost, eine Antwort auf die Globalisierung zu finden. Gleichwohl ist dieser Prozess bislang nur unzureichend von ordnungspolitischen Konzepten begleitet worden, finden viele Weichenstellungen nach wie vor in informellen Entscheidungs- und Handlungsstrukturen statt. Die Schere zwischen Arm und Reich, Gewinnern und Verlieren vergrößert sich. Um dem Mangel an ordnungspolitischen Reflexionen zu begegnen und die wirtschaftspolitischen Transformationsprozesse in der Region nachhaltig zu begleiten, hat das Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer der KAS mit der Vorlage der arabischen und französischen Übersetzung des „Lexikon Soziale Marktwirtschaft.“



Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Hessen, Volker Hoff, bei der Präsentation der neuen Übersetzungen des „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“

Wirtschaftspolitik von A-Z“ zeitgleich eine Kommunikationskampagne unter dem Motto „Freiheit und Ordnung für mehr Gerechtigkeit“ gestartet.

Ziel dieser Kampagne ist es, Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik sowie Gruppierungen der Zivilgesellschaft über die Grundlagen des ordnungspolitischen Systems der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren, sie für die Kernprinzipien zu sensibilisieren und aufzuzeigen, dass Freiheit, Leistung, Subsidiarität und Solidarität ihre Entsprechung auch im arabisch-muslimisch geprägten Kulturkreis finden. Das bisherige Echo auf die Aktionen rund um die Soziale Marktwirtschaft ist vielversprechend und ermutigend. „Genau zur richtigen Zeit“ kommentierte Talal Abu-Gazaleh, stellvertretender Vorsitzender des UN Global Compact Netzwerkes, die Initiative der KAS und erklärte, „das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft entspricht dem Erbe der Einstellungen und Werte“ der arabischen Gesellschaften.

+++ KURZMELDUNG +++

Die KAS in Japan

Zeitgleich mit dem Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 29. bis 31. August 2007 wurde die Intensivierung des KAS-Engagements in Japan eingeläutet. Künftig wird Herr Prof. Dr. Peter Baron als Vertreter der Stiftung vor Ort agieren. Herr Baron lebt seit über 30 Jahren in Japan und ist ein ausgewiesener Kenner von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Japans. Die Bundeskanzlerin wünschte ihm viel Erfolg für seine künftige Tätigkeit.



V.l.n.r.: Dr. Colin Dürkop, Leiter des KAS-Regionalprogramms Politik in Asien, Prof. Dr. Peter Baron, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Die traditionelle Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit in Lateinamerika ist nach wie vor nicht überwunden.

RECHTSSTAAT

VERFASSUNGSRICHTERTREFFEN IN LIMA

Vom 10. bis 13. September 2007 fand in der peruanischen Hauptstadt Lima das XIV. Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen statt. Organisiert wurde es durch das KAS-Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika/Montevideo in Kooperation mit dem peruanischen Verfassungsgericht. Verfassungsrichter aus 13 Ländern nahmen an der internationalen Fachkonferenz teil. Darüber hinaus waren traditionsgemäß ein Richter des deutschen Bundesverfassungsgerichts und ein deutscher Verfassungsrechtswissenschaftler angereist. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte war durch seinen Präsidenten sowie einen weiteren Richter vertreten, was hinsichtlich des Leitthemas der Tagung – „Verfassungsrechtsprechung und internationale Rechtsprechung über Menschenrechte“ – von besonderer Bedeutung war.

Die traditionelle Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit in Lateinamerika ist nach wie vor nicht überwunden, wenn sie sich auch durch die Schaffung einer Verfassungsgerichtsbarkeit verringert hat. Insbesondere die zusätzlichen Möglichkeiten, die ein internationales Menschenrechtsschutzsystem bietet, sind noch nicht hinlänglich bekannt oder werden zumindest nicht ausreichend wahrgenommen. Dieser internationale Schutz wird auf dem Kontinent insbesondere durch das Interamerikanische Menschenrechtsschutzsystem mit der Menschenrechtskommission und dem Gerichtshof gewährleistet, dessen Wirken und Ineinandergreifen mit der nationalen Verfassungs-



Foto links: Teilnehmer am XIV. lateinamerikanischen Verfassungsrichtertreffen in Lima

Foto rechts v.l.n.r.: César Landa Arroyo, Präsident des peruanischen Verfassungsgerichts, Gisela Elsner, Leiterin des KAS-Rechtsstaatsprogramms für Lateinamerika/Montevideo, Herbert Landau, Richter am Bundesverfassungsgericht

gerichtsbarkeit vorgestellt und diskutiert wurden. Weiteres Thema war die Rolle der Verfassungsgerichte als Rechtsschöpfer hinsichtlich der „neuen Rechte“ wie das Recht auf Wahrheit oder auf Entschädigung, welche in der juristischen Aufarbeitung der Diktaturen eine Rolle spielen.

Ein Sonderpanel widmete sich dem Verwaltungsrecht, bei dem es sich nach einem berühmten Satz des ehemaligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, Fritz Werner, um „konkretisiertes Verfassungsrecht“ handelt. Eine schlecht funktionierende öffentliche Verwaltung, bei deren Tätigkeit elementare rechtsstaatliche Standards verletzt werden, ist ein zentrales Problem in Lateinamerika. Das Rechtsstaatsprogramm will Impulse zur Schaffung eines den rechtsstaatlichen Mindeststandards genügenden Verwaltungsverfahrenrechts und zum Ausbau des gerichtlichen Rechtsschutzes gegen willkürliches Verwaltungshandeln geben.

Das seit 1993 jährlich organisierte Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen bietet ein hoch geschätztes Diskussionsforum für fachliche Fragestellungen des Verfassungsrechts und der Verfassungsgerichtsbarkeit. Der fachliche Austausch und das Kontaktnetz zwischen den Richtern des Kontinents sollen so gefördert und gefestigt werden. Zwar ist die Verfassungsgerichtsbarkeit mittlerweile grundsätzlich konsolidiert. In einigen Ländern jedoch ist sie zumindest in ihrer Unabhängigkeit oder gar in ihrem Bestehen gefährdet, was derzeit insbesondere für Bolivien und Ecuador, aber auch für Venezuela gilt.

Viele Richter nahmen bereits zum wiederholten Mal an der Konferenz teil, so dass der gastgebende Präsident gar von der „Familie der lateinamerikanischen Verfassungsrichter“ sprach.



Foto links: Eröffnung des Verfassungsrichtertreffens im Innenhof des Gebäudes des peruanischen Verfassungsgerichts

Foto rechts v.l.n.r.: Sergio García Ramírez, Präsident des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs, Francisco Távara, Präsident des Obersten Gerichtshofs von Peru, César Landa Arroyo, Präsident des peruanischen Verfassungsgerichts, María Zavala Valladares, peruanische Justizministerin, Gisela Elsner, Leiterin des KAS-Rechtsstaatsprogramms für Lateinamerika/Montevideo



EMPFANG HOCHRANGIGER JURISTEN

Juristen aus Namibia, Malaysia, Rumänien und Bolivien hielten sich vom 28. Mai bis zum 6. Juni 2007 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen einer Studienreise zum Thema „Gewaltenteilung, richterliche Unabhängigkeit, richterliche Berufsethik“ in Deutschland auf. Dabei handelt es sich um einen Arbeitsschwerpunkt des KAS-Rechtsstaatsprogramms in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika.

Die Gäste hatten Gelegenheit zu Gesprächen mit Vertretern der Exekutive, der Legislative und der Judikative sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Terminen im Bundeskanzleramt bzw. im Bundesjustizministerium, im Bundestag und im Bundesverfassungsgericht standen solche im Justizministerium bzw. im Landtag von Brandenburg und im Landgericht Potsdam gegenüber. Hinzu kamen Gespräche beim Deutschen Richterbund und im Max-Planck-Institut, Heidelberg.

Am 1. Juni 2007 wurde die Gruppe von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog an dessen Wohnsitz auf Schloss Jagsthausen zu einem zweistündigen Gespräch mit anschließendem Abendessen empfangen. Dabei ging es u. a. um die deutsche Verfassungsgerichtsbarkeit, um Fragen der Richterwahl sowie um die Entwicklung der richterlichen Unabhängigkeit in Deutschland seit 1945. Von Seiten der Stiftung nahm u. a. Generalsekretär Wilhelm Staudacher teil.

Foto oben v.l.n.r.: Dr. Jan Wojschnik, Koordinator Rechtsstaat der KAS, Chief Justice Peter Shivute aus Namibia, Präsident des Obersten Gerichtshofs, Helmut Kitschenberg, Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog, Viorica Costiniu aus Rumänien, Präsidentin des Richterbundes, Param Cumaraswamy aus Malaysia, ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für die Unabhängigkeit der Justiz, Eduardo Rodríguez Veltze aus Bolivien, ehemaliger Staatspräsident und ehemaliger Präsident des Obersten Gerichtshofs

RECHTSSTAAT

LATEINAMERIKA: INTEGRATION, SPALTUNG ODER KONFLIKT?

VORTRAG DES EHEMALIGEN BRASILIANISCHEN STAATSPRÄSIDENTEN FERNANDO HENRIQUE CARDOSO

Auf Einladung des Rechtsstaatsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Consejo Uruguayo para las Relaciones Internacionales referierte am 31. Juli 2007 der ehemalige Staatspräsident Brasiliens, Fernando Henrique Cardoso, im uruguayischen Parlamentsgebäude in Montevideo vor knapp 400 Zuhörern über den Stand und die Perspektiven der regionalen Integration in Lateinamerika, insbesondere den Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR).

Die Einführung zu dem unter reger Anteilnahme der Medien stattfindenden Vortrag im Palacio Legislativo übernahm der uruguayische Vizepräsident Rodolfo Nin Novoa, der zugleich Parlamentspräsident ist. Der 76-jährige Soziologe Cardoso legte dar, dass auf dem Kontinent, der heute vielschichtiger und auch gespaltener sei als vor vierzig Jahren, große Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie und der Globalisierung herrsche. Deren Herausforderungen werde in unterschiedlicher Weise begegnet. Einige Länder hätten sich dem Phänomen verschlossen. Hier ging Cardoso kurz auf den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez ein. Andere Länder wie z. B. Mexiko hätten Handelsabkommen mit den USA geschlossen und profitierten vom Export in die USA.

Angesichts der fortschreitenden Internationalisierung der Welt plädierte Cardoso für eine weitergehende Integration der lateinamerikanischen Staaten, für welche der Mercosur als wirtschaftlich begründetes Integrationsbündnis den Boden bereiten könne. Es sei möglich, eine gemeinsame Vision für die Region zu finden. Selbstkritisch äußerte sich Cardoso zu seiner Amtszeit als Staatspräsident. Damals sei es Brasilien nicht gelungen, die Führungsrolle im Mercosur zu übernehmen, die für den Integrationsprozess von Vorteil gewesen wäre. Cardoso wies gleichwohl darauf hin, dass Brasilien auch eine globale Rolle spielen müsse. Damit spielte er auf die Beziehungen seines Landes zu den USA an. Er empfahl, dass die Länder der Region insgesamt ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten verstärken sollten. Als jemand, der nach eigenen Angaben stets sage, was er denke, ist Cardoso weit über die Grenzen der politischer Lager hinaus ein gefragter Gesprächspartner.



Fernando Henrique Cardoso, ehemaliger brasilianischer Staatspräsident



Zuhörer im „Salón de los Pasos Perdidos“ im uruguayischen Parlamentsgebäude

Das KAS-Medienprogramm in Lateinamerika verfolgt das Ziel, die Qualität der Berichterstattung in Presse, Radio und Fernsehen durch Beratung und Fortbildung zu verbessern.

MEDIEN

DAS REGIONALE MEDIENPROGRAMM LATEINAMERIKA

Sozialer Ausschluss beginnt, wo Bildung und Information fehlen. Kernaufgabe der Medien ist es, dem entgegenzuwirken. Sie vermitteln Informationen und befähigen zur Teilhabe. Das KAS-Medienprogramm in Lateinamerika verfolgt daher das Ziel, Presse, Radio und Fernsehen durch Beratung und Fortbildung in ihrer Qualität zu verbessern. Es wirkt an der Schnittstelle von Politischer Kommunikation, Medienrecht, Kommunikationswissenschaft und praktischem Journalismus.

In Lateinamerika arbeiten Medienleute unter schwierigen Bedingungen: In Guatemala, Mexiko, Brasilien und Kolumbien sind sie Hauptzielscheibe extremistischer Gruppen, die nicht zulassen wollen, dass Licht auf das Beziehungsgeflecht von Mafia, Politik und Wirtschaft fällt. Für aufwändige Recherchen erhalten Journalisten nur selten Rückhalt in ihren Redaktionen. Die Maxime lautet, mit massenattraktiven Berichten Kasse zu machen. Die Mehrzahl lateinamerikanischer Medien konzentriert sich in den Händen einiger weniger Familien und Unternehmergruppen. Das reduziert die inhaltliche Vielfalt und begrenzt die Meinungsfreiheit. Nicht die Qualität des Journalismus steht im Vordergrund, sondern allein die Rentabilität. Die Medienhäuser dürfen sich vielfach eine allzu kritische Haltung nicht erlauben. Sie finanzieren sich hauptsächlich durch Werbung – vor allem staatliche Werbung.

In gut zwei Jahrzehnten hat sich das KAS-Medienprogramm in Lateinamerika den Ruf aufgebaut, ein wichtiger Vermittler zu sein, der als Berater zu öffentlichen Debatten und Fachseminaren gerufen und als Impulsgeber für neue Initiativen geschätzt wird.

Dazu zählt zum Beispiel das neue Ausbildungsangebot für Medienrechtler, die in Lateinamerika recht rar sind. Die Universitäten bilden dazu nur sporadisch und unvollständig aus. Um den Expertennachwuchs zu fördern, hat das KAS-Medienprogramm deshalb in Mexiko ein sechsmonatiges Pilotprojekt ins Leben gerufen. Im Verlauf von 24 Wochenendkursen erwerben die Teilnehmer Kenntnisse über die Grundlagen des nationalen und internationalen (schwerpunktmäßig europäischen) Medienrechts. Nicht nur Studenten

nehmen daran teil, sondern auch Journalisten, Politiker, Anwälte und Dozenten.

Aus dem deutschen Kontext bringt das Medienprogramm erfolgreiche Modelle in die lateinamerikanische Diskussion ein:

So etwa den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Bundespressekonferenz und den Deutschen Presserat – Wege zur transparenten Informationspolitik, zur journalistischen Selbstkontrolle und zum Qualitätsjournalismus.

Das Medienprogramm fördert investigative politische Berichterstattung, z. B. über Justiz und Wahlen. Denn das Niveau der Informationskultur in der Region ist mitunter sehr niedrig: In manchen Gegenden fehlen Grundinformationen über Wahlverlauf, Listen und Kandidatenzahl. Ziel ist es, die Informationsvermittlung über Inhalte, Kandidaten, Finanzierung und den Ablauf an den Urnen zu gewährleisten und damit Wahlen als konstituierendes Element der Demokratie unter fairen Bedingungen zu ermöglichen. Eine Multimedia-Bibliothek, einen Medienticker und einen Podcast über Wahlen fördert das Medienprogramm auf www.medioslatinos.com.



Die Medienarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

wird im Rahmen von vier regionalen Medienprogrammen mit eigens entsandten Auslandsmitarbeitern mit Sitz in folgenden Städten wahrgenommen:

- Buenos Aires (für Lateinamerika)
- Johannesburg (für Afrika südlich der Sahara)
- Singapur (für Asien) und
- Sofia (für Südosteuropa)

Die Arbeit der einzelnen Medienprogramme wird in KAS INTERNATIONAL sukzessive vorgestellt. Nach Asien und Afrika südlich der Sahara präsentiert sich in diesem Heft das regionale Medienprogramm Lateinamerika.



8. ASIAN-EUROPEAN-EDITORS-FORUM

Zum achten Mal trafen sich Zeitungsjournalisten aus 19 Ländern in Asien und Europa zum „Asian-European-Editors-Forum“, das vom regionalen Medienprogramm Asien und der führenden indischen Tageszeitung „The Statesman“ organisiert wurde. Unter dem Titel „Globalization – Upsides and Downsides for Asia“ diskutierten die Teilnehmer den Einfluss der Globalisierung auf Asien. Der Sicherheitsexperte Prof. Dr. Brahma Chellaney hob die neue Bedeutung, die China und Indien als Zentren wirtschaftlicher Dynamik und hohen Wirtschaftswachstums auf globaler Ebene zukomme, hervor. Der sicherheitspolitische Berater des Nato-Generalsekretärs, Michael Rühle, erläuterte aus europäischer Sicht die geänderte Rolle des atlantischen Bündnisses unter dem Eindruck des weltweit zunehmenden Terrorismus. Daneben beschäftigte sich das Forum mit den Konzentrationstendenzen auf dem asiatischen Zeitungsmarkt sowie mit der steigenden Relevanz von Internet-Suchmaschinen bei der Informationsbeschaffung der Journalisten.

INVESTIGATIVER JOURNALISMUS IN AFRIKA ALS „MITMACHPROJEKT“



Die „Manuals“ werden sich mit allen Formen des investigativen Journalismus auseinandersetzen – auch mit dem im Radio.

Eine neuartige Herangehensweise an die Journalistenförderung erprobt das regionale Medienprogramm in Johannesburg mit seinen „Investigative Journalism Manuals“: Die Handbücher werden unter ständiger Einbeziehung der Zielgruppe erstellt. Sowohl bei der Zusammenstellung der Themen als auch bei der Veröffentlichung der einzelnen Kapitel dürfen afrikanische Journalisten und Medienexperten kommentieren und kritisieren. Die Veröffentlichung erfolgt als einzelne Downloads über die Homepage des Medienprogramms. Am Ende wird sich so eine hochaktuelle Loseblattsammlung ergeben, die sowohl als Einstiegs- hilfe, wie auch als Weiterbildungswerkzeug dienen wird. Flankiert wird das Projekt ab 2008 mit Trainingsworkshops in ganz Afrika südlich der Sahara.



KROATIENS PRÄSIDENT MESIC ERÖFFNETE MEDIENKONFERENZ

Über 170 Herausgeber, Geschäftsführer, Chefredakteure und leitende Journalisten aus 16 Staaten kamen zwei Tage lang in Zagreb zusammen, um unter dem Titel „Medien und Demokratie in Südosteuropa: Aktuelle Entwicklungen und Zukunftsperspektiven“ über die journalistische Situation in der Region zu diskutieren. Der kroatische Staatspräsident Stjepan Mesic eröffnete die internationale Konferenz, die das Medienprogramm Südosteuropa gemeinsam mit dem KAS-Länderprogramm Kroatien, der Journalistenvereinigung „SEEMO“ und der WAZ-Mediengruppe organisiert hatte. Sie ist Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen, die künftig jährlich an verschiedenen Standorten Südosteuropas stattfinden sollen.

Die Teilnehmer diskutierten die Verflechtungen von Wirtschaft und Medien in Südosteuropa. Auch die Einflussnahme politischer Parteien und staatlicher Institutionen wurde kritisiert. Beides nimmt den Medien die Glaubwürdigkeit unabhängiger Berichterstattung und steht dem Bemühen seriöser Journalisten entgegen, die Öffentlichkeit mit objektiven Informationen zu versorgen. Als Defizite der Medien gelten eine übertriebene Neigung zur Skandalisierung und eine verzerrende Personalisierung in der Berichterstattung. Nur eine gut entwickelte Zivilgesellschaft und professionell ausgebildete Journalisten können dem entgegenwirken. Hinsichtlich der besonderen Verantwortung aller Medienschaffenden für die Zukunft der Demokratie in ihren Ländern waren sich die Teilnehmer einig.

Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA



EUROPA UND NORDAMERIKA IN BERLIN UND BONN

- 18 Sicherheit in Asien: Welche Herausforderungen für Europa?**
V. Deutsch-Französisches Strategieforum in Kooperation mit dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) und dem Institut français des relations internationales (Ifri)
Paris, 20. November 2007
- 17 Balkans Crossroads**
Internationale Balkankonferenz in Kooperation mit „Friends of Europe“
Brüssel, 4. Dezember 2007
- 17 Renewables, world population and climate change**
Konferenz mit EU-Umweltkommissar Dimas in Kooperation mit BASF
Brüssel, 6. Dezember 2007
- 17 Trilateraler Dialog EU, Indien und USA**
Konferenz
Brüssel, 21.–22. Januar 2008

- **Wirtschaftliche Transformation und gesellschaftlicher Wandel im Nahen Osten**
Internationale Konferenz
Berlin, 5. Dezember 2007
- **Nichtstaatliche Akteure in der Rechts- und Politikgestaltung**
V. KAS-Völkerrechtskonferenz
Bonn, 19.–20. November 2007

LATEINAMERIKA

- 1 Lateinamerika-USA-Europa: Ein zentrales Beziehungsgeflecht**
Internationales Seminar
Mexiko-Stadt, 25. Januar 2008
- 14 XIV. Forum Brasilien Europa**
Internationales Seminar
Recife, 29.–30. November 2007
- 12 VI. Sicherheitspolitische Konferenz**
Internationales Seminar
Rio de Janeiro,
15.–16. November 2007
- 1 Neue Verwaltungsprozessordnung**
Seminar im Rahmen des Rechtsstaatsprogramms
San José, 27.–29. November 2007
- 13 Deutsch-Argentinische Tage für Prozessrecht**
Fachtagung im Rahmen des Rechtsstaatsprogramms
Buenos Aires,
20.–21. November 2007

AUSLANDSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm) | **2** Kolumbien, Bogotá **3** Ekuador, Quito **4** Peru, Lima **5** Bolivien, La Paz **6** Chile, Santiago de Chile **7** Brasilien, Fortaleza und Rio de Janeiro **8** Brasilien, Brasília **9** Brasilien, Rio de Janeiro **10** Brasilien, Brasília **11** Brasilien, Fortaleza **12** Brasilien, Rio de Janeiro **13** Brasilien, Rio de Janeiro (Medien) | **EUROPA UND NORDAMERIKA** **15** USA, Washington **16** Großbritannien, London **17** Belgien, Brüssel (Europabüro) **18** Frankreich, Paris **19** Slowakei, Bratislava **26** Ungarn, Budapest **27** **28** Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg **29** Ukraine, Kiew **30** Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm) **34** Serbien, Belgrad **35** Republik Mazedonien, Skopje | **SUBSAHARA-AFRIKA** **36** Senegal, Dakar **37** Ghana, Accra **38** Benin, Cotonou **39** Nigeria, Abuja **40** Nigeria, Abuja **41** Nigeria, Abuja **42** Nigeria, Abuja **43** Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und Regionalprogramm-Rechtsstaat) **44** Mosambik, Maputo **45** Simbabwe, Harare **46** Republik Südafrika, Johannesburg **47** Republik Südafrika, Johannesburg **48** Republik Südafrika, Johannesburg **49** Republik Südafrika, Johannesburg **50** Ägypten, Kairo **51** Israel, Jerusalem **52** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **53** Jordanien, Amman (Regionalprogramm Nahost) **54** Türkei, Ankara **55** Türkei, Ankara **56** Türkei, Ankara **57** Türkei, Ankara **58** Türkei, Ankara **59** **60** VR China, Peking und Shanghai **61** Mongolei, Ulan Bator **62** Republik Korea, Seoul **63** Philippinen, Manila **64** Vietnam, Hanoi **65** Thailand, Bangkok



Ohne demokratisch gesinnte, programmatisch und organisatorisch profilierte Parteien ist Demokratie nicht denkbar.

www.kas.de

PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG

PARLAMENTSWAHLEN IN MAROKKO

Vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen am 7. September 2007 fand ein wissenschaftliches Kolloquium der KAS und der Universität Mohammedia mit dem Titel „Die politischen Parteien in Marokko“ in Rabat statt. Vertreter unterschiedlicher Parteien, darunter der stellvertretende Vorsitzende der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), Lahcen Daoudi, diskutierten mit marokkanischen Wissenschaftlern über aktuelle Themen wie die politische Kommunikation der Parteien während des Wahlkampfes. Angesichts des geringen Handlungsspielraums des Parlaments wurde befürchtet, dass viele Marokkaner an der Bedeutung der Wahlen zweifeln und nicht wählen gehen würden. Eine niedrige Wahlbeteiligung sowie eine hohe Zahl wahrscheinlich bewusst ungültiger Stimmen drückten die Unzufriedenheit der Marokkanerinnen und Marokkaner mit ihrer politischen Klasse aus. Allerdings hat der König mit der Benennung Abbas el Fassis zum Premierminister deutlich gemacht, dass er das Ergebnis der Wahlen respektiert. Er setzt damit ein Zeichen für die künftige Entwicklung der Demokratie Marokkos.



V.l.n.r.: Dr. M'Hammed Dasser, Dekan der Fakultät für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften, Thomas Schiller, Auslandsmitarbeiter Marokko, Dr. Rahma Bourqia, Präsidentin der Universität Hassan II, Mohammedia

OPPOSITIONSPOLITIKER DES SÜDLICHEN AFRIKA IN JOHANNESBURG

Einparteiendominanz ist in vielen Ländern Afrikas Realität – mit allen negativen Konsequenzen für Entwicklung und Demokratie. Daher entschieden sich die Länderprogramme gemeinsam mit dem regionalen Medienprogramm dazu, das Thema aufzugreifen. Unter dem Titel „One Party Dominance: Strategies for Opposition Parties“ fand im August die dritte „KAS Summer Academy“ in Johannesburg statt. Zum Workshop kamen sechzehn Oppositionspolitiker aus sieben afrikanischen Ländern. Die Summer Academy will politischen Nachwuchs aus den Einsatzländern zum Gedankenaustausch, zur Fort- und Weiterbildung zusammenbringen. Während des Workshops wurden neben der Produktion von Flyern und eines Radiospots auch Internet-Blogs als moderner und für afrikanische Parteien neuer Weg der politischen Kommunikation behandelt.



Bloggung erreicht afrikanische Oppositionspolitiker: zum ersten aber sicher nicht zum letzten Mal.

Globale Parteien- und Parlamentsberatung

Vom 3. bis 5. Oktober 2007 fand in Bukarest die internationale Fachkonferenz „Globale Parteien- und Parlamentsberatung der KAS“ statt. Sie diente zum einen der weiteren Abstimmung der Aktivitäten der KAS im Bereich der globalen Parteien- und Parlamentsberatung und zum anderen der konkreten Bedarfserfassung der Beratungs- und Bildungsmaßnahmen der KAS in Rumänien. In Anwesenheit des stellvertretenden Hauptabteilungsleiters Internationale Zusammenarbeit, Frank Spengler, erörterten führende Vertreter der drei rumänischen EVP-Mitgliedsparteien Probleme der Parteien und ihre Erwartungen an die Arbeit der KAS in Rumänien im Bereich der Parteien- und Parlamentsberatung.



Der rumänische Parteienexperte und Vorsitzende des demokratischen Aktionsbündnisses Asociația Pro Democratia, Cristian Pirvulescu, auf einer Podiumsdiskussion mit dem Direktor der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, und Dr. Karsten Grabow, Projektreferent der KAS.

Der politische Dialog dient dem Meinungs austausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für vertrauensvolle Zusammenarbeit.



DEUTSCH-CHINESISCHES SYMPOSIUM

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Interdependenz in globalen Sicherheitsfragen wie beispielsweise der Terrorismusbekämpfung, der Migrationsproblematik, der (Welt-)Wirtschaftsstabilität oder des Umweltschutzes und den damit verbundenen Kooperationszwang veranstaltete das Auslandsbüro der KAS in China gemeinsam mit dem Institute of World Economics and Politics (IWEP) und der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) am 18. und 19. September 2007 in Peking ein deutsch-chinesisches Symposium zum Thema „Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert – Perspektiven aus China und Europa“. In Diskussionsrunden, die mit bemerkenswerter Offenheit geführt wurden, wurde versucht, die zum Teil voneinander abweichenden Standpunkte anzunähern. Am Ende waren sich die Teilnehmer darüber einig, dass die aus den aktuellen globalen Sicherheitsfragen resultierenden Probleme heute nicht mehr auf der nationalstaatlichen Ebene gelöst werden können. Aus diesem Grund ist der Bedarf an verstärkter internationaler Kooperation groß.

+++ KURZMELDUNG +++

Die Türkei als regionaler Stabilitätsfaktor

Zum Auftakt seines Türkeiibesuches eröffnete KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher mit einer programmatischen Rede die internationale Konferenz „Chancen und Herausforderungen im Kaukasus – die Rolle der Türkei als regionaler Stabilitätsfaktor“ am 9. Juli 2007 in Ankara. Auf der in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für eurasische strategische Studien (ASAM) organisierten Konferenz diskutierten Experten und Politikberater aus Deutschland und der Türkei über wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragestellungen und die zunehmende Bedeutung des Kaukasus in der internationalen Politik.

Der Vorsitzende von ASAM, Botschafter a. D. Dr. Faruk Loğoğlu (rechts), und KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher bei der Eröffnung der Konferenz in Ankara.

POLITISCHER UND SICHERHEITSDIALOG

ERSTES DIALOGFORUM „ARMEE UND POLITIK“ IN WESTAFRIKA

Das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika (PDWA) der KAS ist bestrebt, zukünftig einen sicherheitspolitischen Dialog zwischen hohen Offizieren der Armeen in der Region und Spitzenpolitikern zu organisieren. Diese Dialogreihe ist eine Ergänzung des in Westafrika seit einigen Jahren laufenden Projektes „Politische Bildung in den Kasernen“. Im Rahmen dieses Projektes werden insbesondere Offiziere in Fragen von Rechtsstaat und Demokratie geschult. Ferner wird bewusst der Dialog zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und dem Militär gefördert.



Vom 22. bis 25. Juli 2007 lud das PDWA zum ersten Dialogforum „Armee und Politik“ ein. Rund vierzig hohe Offiziere sowie führende Politiker der frankophonen Staaten Westafrikas kamen in Bamako, der Hauptstadt Malis, zu einem Meinungs austausch zusammen. Themen des Forums waren die besondere Rolle der Armeen in Westafrika im Demokratisierungsprozess ihrer Länder und der Dialog von Armee und Politik in Zeiten politischer Krisen.

Obwohl die Armeen in Westafrika eine große politische Rolle spielen, gibt es bisher keinen organisierten Dialog zwischen Spitzenpolitikern und hohen Offizieren. Die Offiziere sprachen sich für eine strikte Neutralität der Armee aus und dafür, klarer zu definieren, wie in innenpolitischen Krisen verfahren werden soll. Die Armeeführungen bemühen sich verstärkt, politische Bildung in die Ausbildungsgänge der Offiziere zu integrieren. Dies führt u. a. dazu, dass Seminare der KAS zunehmend von Militärschulen, insbesondere in Benin, nachgefragt werden.

„Die Selbstverwaltung muss an die Stelle staatlicher Bevormundung treten.“
(Konrad Adenauer, 1949)

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

DEUTSCHE INTERESSEN FÜR AFRIKA

In der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin fand am 10. Oktober 2007 eine internationale Konferenz zum Thema „Deutsche Interessen für Afrika“ statt. Bei der Veranstaltung wurde deutlich, dass Deutschland nicht nur sicherheitspolitische Interessen in Afrika hegt, sondern dass Afrika und Deutschland auch an besseren Wirtschaftsverbindungen interessiert sind.

Deutschland, so Eröffnungsredner Hermann Gröhe MdB, Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, verfolge im Gegensatz zu China und Frankreich bisher wenig eigene Interessen in Afrika. Es habe wohl Interesse daran, seine Energie- und Rohstoffversorgung zu sichern, aber nicht gemäß der chinesischen Methode, die als „quick and cheap“ bezeichnet wurde. Es wäre unseren afrikanischen Nachbarn gegenüber unverantwortlich, wenn die Nachfrage nach Rohstoffen und Öl afrikanische Bemühungen um Demokratie, gute Regierungsführung und Armutsbekämpfung unterlaufen würde. Laut Kurt Brüss vom Bundeswirtschaftsministerium benötigt Afrika nicht nur Entwicklungshilfe, sondern vor allem mehr Investitionen von Unternehmern: „Wenn die Afrikaner langfristig denken, werden sie sehen, dass wir preiswerter und besser sind als die Chinesen“. Jaques Bimai, Geschäftsführer des Unternehmens „Sitrafer“ in Kamerun bedauerte die mangelnde Risikobereitschaft der deutschen Unternehmer und deren negative Urteile gegenüber dem Unternehmensstandort Afrika.

Mehr Gespräche mit China und Indien wurden empfohlen, nicht zuletzt um einen Konkurrenzkampf auf dem afrikanischen Kontinent zu vermeiden. Synergien sollten von allen Akteuren, insbesondere von den afrikanischen Partnern, für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Arnold Vaatz MdB plädierte dafür, dass Europa sich zunehmend aus seiner Verantwortung für die Lösung innerafrikanischer Konflikte zurückziehen sollte, so dass afrikanische Institutionen auch sicherheitspolitische Eigenverantwortung übernehmen.



V.l.n.r.: Hartwig Fischer MdB, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Christian Ruck MdB, Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jacques Bimai, Geschäftsführer Sitrafer, Kamerun



Wirtschaft, Unternehmensförderung und Investitionen wurden bei der Konferenz als Schlüsselemente für die Armutsreduzierung in Afrika identifiziert. Dies allein reiche aber nicht aus, bemerkte Prof. Samuel Kwasi Adjepong, Vorsitzender des Ghana National APRM Governing Council. Die Förderung von regionaler Integration, Demokratie und Bildung sei mindestens genauso wichtig.

DEZENTRALISIERUNG IN KAMBODSCHA

STUTTGARTS OBERBÜRGERMEISTER BERÄT KAMBODSCHA

Kambodscha war immer zentralistisch regiert: als Gottkönigtum zur großen Zeit des Angkorreiches, als französisches Protektorat, während des kommunistischen Regimes der radikalen maoistischen Roten Khmer von 1975 bis 1979 und während der vietnamesischen Besatzung unter der Ägide des Warschauer Pakts. Krieg, Bürgerkrieg und Staatsterror herrschten vom Ende der 1960er Jahre bis 1998. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet bereits seit 1994 die königlich-kambodschanische Regierung bei ihren Bemühungen um einen neuen, dezentralen Staatsaufbau. Erste Erfolge wurden schnell erzielt: 2002 fanden die ersten Gemeinderatswahlen statt, die den Beginn einer „kommunalen Selbstverwaltung“ markierten.

Auf Einladung der KAS hat der Stuttgarter OB, Dr. Wolfgang Schuster, in Kambodscha zwei ganztägige Workshops, u. a. für die Föderalismuskommission Kambodschas, geleitet. An den Maßnahmen waren Beamte, Parlamentarier und Mitarbeiter von Parlamentsausschüssen beteiligt. Ergebnisse der Workshops trafen mit den Spitzen der königlichen Regierung diskutiert werden. Zudem traf sich OB Dr. Schuster zum ausführlichen Dialog mit Premierminister Hun Sen, Innenminister Sar Kheng, Kanzleramtsminister Sok An und Finanzminister Keat Chhon, dem Präsidenten des Gemeinverbandes Soy Kossal und dem Oppositionsführer Sam Rainsy. Die Vorschläge von Dr. Wolfgang Schuster sind bereits im Kabinett diskutiert worden.





Teilnehmer der
Konferenz in
Ouagadougou

WESTAFRIKANISCHE BÜRGERMEISTER FÜR DEZENTRALISIERUNG

Zu einem Erfahrungsaustausch über den Stand der Dezentralisierung in Westafrika trafen sich im August 2007 über dreißig Bürgermeister aus den frankophonen Staaten Westafrikas. Ziel der von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Kommunalverband von Burkina Faso organisierten dreitägigen Konferenz war der gegenseitige Erfahrungsaustausch.



Die nach dem klassischen französischen System zentral organisierten Staaten Westafrikas hatten in den vergangenen 15 Jahren zunehmend Kompetenzen an die kommunale Ebene abgegeben. Seit dieser Zeit gibt es die ersten gewählten Bürgermeister und Kommunalverbände.

Die Bereitschaft, Kompetenzen zu delegieren und die Kommunen mit eigenen Finanzquellen auszustatten, ist in der Region sehr unterschiedlich ausgeprägt. Mangelnde wirtschaftliche Produktion in einigen Kommunen Westafrikas macht die kommunale Ebene zudem fast ausschließlich von den Zuwendungen des Staates abhängig. Während im Senegal, Mali und Benin Bürgermeister längst vom Volk gewählt werden, sind in Togo die ersten freien Kommunalwahlen für 2008 geplant. In Niger leben die Bürgermeister nur von Sitzungsgeldern. Viele Bürgermeister bemängelten Autoritätsprobleme, weil sie von noch amtierenden Präfekten und traditionellen „Königen“ in den Schatten gestellt werden.

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass die Zentralregierungen nur dann weitere Kompetenzen zu delegieren bereit sein werden, wenn die Dezentralisierung der gesamten Bevölkerung nutzt. Hierfür müssten die Erfolge der Dezentralisierung, die aktive und bessere Beteiligung der Bürger am politischen Leben und die Vorteile für eine kommunale wirtschaftliche Entwicklung besser dargestellt werden. Die tatsächlichen Vorteile der Demokratisierung würden von Bürgern und Regierungen noch immer unterschätzt.

HOFFNUNGSZEICHEN IN NIGERIA

In diesem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, in dem die mehreren hundert Ethnien noch lange nicht zu einem Staat geeint sind, waren im April 2007 etwa 60 Millionen der 140 Millionen Einwohner wahlberechtigt. Zwar war das Wahlverfahren kritikwürdig, dennoch wurde ein großer Teil der politischen Elite Nigerias ausgewechselt. Der neue Präsident, Umaru Yar' Adua ist Moslem, sein Vize, Jonathan Goodluck, Christ. Gemeinsam sollen sie die Geschicke des Landes in ruhigere Gewässer lenken. Immerhin hat die dritte Legislaturperiode begonnen und die erste Machtübergabe von einer gewählten Regierung zu einer anderen „gewählten“ Regierung war unblutig verlaufen. Die Wahlmanipulationen sind eine Hypothek, aber das Ergebnis für das Land scheint annehmbar.

Kurz nach dem Besuch von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier hatte die KAS Abuja den langjährigen Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ Klaus-Jürgen Hedrich nach Nigeria eingeladen, um seine Erfahrungen in den schwierigen Demokratisierungsprozess Nigerias einzubringen. Zu einem von ihm geleiteten Strategieworkshop reisten zehn der von der KAS geförderten Nichtregierungsorganisationen an. Eine Woche lang wurden intensive Arbeitsgespräche mit hochrangigen Vertretern der nigerianischen Politik



Von links oben: Dr. Klaus Pähler, KAS Nigeria, Hon. Abdula'zee Garba Gafasa, Sprecher der Kano State House of Assembly, Klaus-Jürgen Hedrich, parlamentarischer Staatssekretär a.D., unten: nigerianische Abgeordnete

geführt. Es fanden sich Hoffnungszeichen, dass der achtgrößte Erdölproduzent der Welt endlich auf einen Weg kommt, der seinem Potential entspricht. Daran wird sich die KAS tatkräftig beteiligen.

Rechtsstaat, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft in einem befriedeten Nigeria sind Ziele, die das Land vielleicht erst in zwei Generationen erreichen kann. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird es dabei auch künftig in vielfältiger Weise unterstützen.



Teilnehmer des
Workshops

Die Globalisierung und die damit einhergehenden weltweiten Migrationsbewegungen stellen uns vor die Herausforderung, einen offenen und respektvollen Dialog mit islamisch geprägten Kulturen zu führen.



WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT EINER EUROPÄISCHEN ISLAM-KONFERENZ



In seinem Schlusswort wies der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, auf den engen Zusammenhang zwischen der Einbindung von Muslimen innerhalb der EU und den Beziehungen der EU zu Drittstaaten muslimischer Prägung hin.

Eine Vielzahl der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union steht derzeit vor der Herausforderung, die zugewanderten Muslime verstärkt (politisch) einzubinden, um so den sozialen Frieden zu wahren. Lösungsmöglichkeiten werden bislang auf nationaler Ebene gesucht und erprobt, da die EU keine Kompetenz zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften besitzt. Die KAS griff eine Initiative des Präsidenten des Europaparlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP auf und brachte im Oktober 2007 im Rahmen der Fachkonferenz „Muslims in Europe: Strengthening Communication and Participation“ Experten der Mitgliedsstaaten mit Vertretern der EU-Institutionen zu einem Erfahrungsaustausch in Brüssel zusammen. Fazit der äußerst angeregten Debatte: Die Einrichtung einer Europäischen Islam-Konferenz nach deutschem Vorbild gäbe die

Möglichkeit, unter Wahrung des Kompetenzgefüges den fruchtbaren Erfahrungsaustausch zu verstetigen und zugleich die erarbeiteten Ansätze auf eine breitere Basis zu stellen.

ZUR VEREINBARKEIT VON ISLAM UND RECHTSSTAAT

Für die KAS, die weltweit rechtsstaatliche Prinzipien als Voraussetzung für Demokratie und Entwicklung fördert, ist diese Frage von großer Bedeutung. Sie stand im Zentrum der Fachkonferenz „Islam und Rechtsstaat. Zwischen Scharia und Säkularisierung“, die die Stiftung im September 2007 gemeinsam mit dem Zentrum Moderner Orient in Berlin veranstaltete. Die Diskussion ergab, dass sich in der Rechtswirklichkeit des Islam sehr viel Menschliches zwischen den göttlichen Ursprung von Recht und seine Praxis schiebt. Ein Resultat dieses Wandlungsprozesses ist die in vielen islamischen Verfassungen verankerte Religionsklausel, durch die Grundrechte im Widerspruchsfall durch einen Glaubensgrundsatz eingeschränkt werden. Prinzipiell ist es jedoch möglich, die Grundlagen der Demokratie mit den Idealen des Islam in Einklang zu bringen, wie u. a. das Beispiel Indonesiens zeigt. Eine nachhaltige Förderung rechtsstaatlicher Reformen in muslimischen Ländern setzt allerdings voraus, dass diesen Entwicklungen eine Historizität zugebilligt wird, wie sie bei uns selbstverständlich ist.



Prof. Dr. Masykuri Abdillah von der staatlichen islamischen Universität Jakarta stellte die Verfassung Indonesiens als Beispiel für einen gelungenen Kompromiss zwischen Islam und rechtsstaatlicher Demokratie dar.

INTEGRATION DURCH INTERKULTURELLE KOMPETENZ?

Die soziale Integration (vornehmlich muslimischer) Jugendlicher mit Migrationshintergrund stand im Zentrum der Fachkonferenz „Chancengleichheit gewährleisten – Gemeinsame Zukunft gestalten“, die die KAS im September 2007 in enger Abstimmung mit dem Päpstlichen Rat für die Seelsorge der Migranten und Menschen unterwegs in Berlin organisierte. Bereits in den Eingangreferaten wurde die Bedeutung der Kirchen in dieser Frage deutlich: Dr. Hermann Kues MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erwartet von diesen eine Orientierungshilfe im Integrationsprozess. Ansätze hierfür lieferte Erzbischof Agostino Marchetto, Sekretär des genannten Päpstlichen Rates, in seinem Plädoyer für eine Kultur der Vernunft. Die folgende Debatte zeigte, dass die gezielte Schulung interkultureller Kompetenz bei Jugendlichen ein probates Mittel zur Integrationsförderung darstellt. Interkulturelles und demokratisches Lernen zielen in die gleiche Richtung, denn die Fähigkeit, offen, tolerant und respektvoll mit dem kulturell Anderen umzugehen ist zugleich Ausdruck der Grundwerte eines demokratischen Verfassungsstaates. 2008, im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs also, soll die Diskussion auf europäischer Ebene fortgesetzt werden.



Die Initiative zur Organisation der Fachkonferenz ging maßgeblich vom Staatssekretär a. D. und stellvertretenden Vorsitzenden der KAS, Anton Pfeifer (rechts), aus. Hier mit Erzbischof Agostino Marchetto (Mitte) und dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Hermann Kues MdB (links).

Die These von der unumkehrbar fortschreitenden Säkularisierung wird zunehmend in Frage gestellt. Die Kirchen sind allerdings gefragt, neue Ausdrucksformen der Religiosität wahrzunehmen und ihre Rolle in der Gesellschaft beständig neu zu definieren.

WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

Besichtigung der alten orthodoxen Kirche in Sarajevo: Vater Vanja Jovanovic, Serbische Orthodoxe Kirche, Seyed Mohammad Ali Abtahi, Präsident des Instituts für Interreligiösen Dialog und ehemaliger Vizepräsident der Islamischen Republik Iran, Dario Atijas, Jüdische Gemeinde in Bosnien-Herzegowina



DIE ROLLE DER RELIGION IM SÄKULAREN STAAT

2004 wurde in Bosnien-Herzegowina das Gesetz über Religionsfreiheit und die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften verabschiedet. Doch die vollständige Umsetzung steht noch aus, da es in Gesellschaft und Politik an einem Konsens über die Rolle der Religion im Staat fehlt. Während eine Seite deren Begrenzung auf den Privatraum fordert, spricht sich die andere für ein starkes Engagement religiöser Würdenträger in der Politik aus. Um über die Rolle und Bedeutung von Religion im säkularen Staat zu sprechen und Mittelwege zwischen diesen beiden Polen anzubieten, lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit dem Europäischen Abrahamischen Forum und dem neuen Interreligiösen Institut in Bosnien-Herzegowina vom 20. bis 22. Oktober zu einer internationalen und interreligiösen Fachtagung nach Sarajevo ein. Diese ergab, dass eine Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften auch im säkularen Staat erforderlich ist, und die diversen europäischen Erfahrungen für muslimische Länder auch über den Kontinent hinaus bereichernd sein können.

GOD'S OWN COUNTRY

AMERIKAS EVANGELIKALE UND DIE POLITIK

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“. Mit dem berühmten Diktum des deutschen Rechtswissenschaftlers Ernst-Wolfgang Böckenförde eröffnete Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der KAS, in Berlin am Reformationstag eine Podiumsdiskussion zur Rolle der amerikanischen Evangelikalen in Gesellschaft und Politik. Die Veranstaltung reiht sich ein in einen beständigen Dialog, den die Stiftung dank des Engagements von Hermann Gröhe MdB in der Überzeugung führt, hiermit auch einen Beitrag zu einem besseren deutsch-amerikanischen Verständnis zu leisten. Insbesondere die Referate der Gäste aus den USA haben gezeigt, dass es sich bei den Evangelikalen keineswegs um einen monolithischen Block handelt, sie sich nicht vorrangig als Wähler der Republikaner sehen und ihr sozialpolitisches Engagement weit über die Frage der Abtreibung hinausreicht.

V.l.n.r.: Dr. Leith Anderson, Präsident der National Association of Evangelicals, Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS, Dr. Richard Land, Präsident der Ethics and Religious Liberty Commission, Hermann Gröhe MdB, Vorstandsmitglied der KAS, und Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der KAS



ORTHODOXE KIRCHE UND CHRISTLICHE DEMOKRATISCHE POLITIK IN RUMÄNIEN

In Kooperation mit dem „Rumänischen Institut für inter-orthodoxe, inter-konfessionelle und inter-religiöse Studien“ führte die KAS in Bukarest im Oktober 2007 einen Workshop durch, der ein scheinbares Paradox im Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Rumänien anspricht: Die Rumänische Orthodoxe Kirche genießt großes Vertrauen in der Bevölkerung, christliches Gedankengut findet allerdings kaum politischen Niederschlag. Erklären lässt sich dies mit dem ethischen Diskurs der orthodoxen Theologie, in dem die Eigendynamik der Gesellschaft über eine häufig gezogene Verbindung mit der Säkularisierung negativ konnotiert ist. Der intensive Austausch verdeutlichte, dass die Rumänische Orthodoxe Kirche eine Einbindung in die Gesellschaft inzwischen jedoch vermehrt anstrebt. Dies zeigt nicht zuletzt das unlängst geschlossene Einbindungsprotokoll zwischen der Regierung und dem neuen Patriarchen. Es fehlt jedoch noch eine gesamtkirchliche Strategie. Die Erarbeitung einer solchen „Sozialtheologie“ als mögliche Grundlage auch für politisches Handeln plant die KAS in Form eines interdisziplinären Gesprächskreises zu unterstützen.



www.kas.org.za

GREENING 2010

NOCH RUND 1000 TAGE BIS ZUR FUSSBALL-WM 2010
IN SÜDAFRIKA

Unter dem Titel „The Greening of 2010“ unterstützt die KAS die Erstellung eines Aktionsplans zur Umsetzung der von der Stadt Kapstadt und der Westkap Provinzregierung geplanten „Green Goal“-Projekte. Diese umweltpolitischen Maßnahmen sollen vor allem die im öffentlichen Transportsystem und bei der Müllentsorgung bestehenden Defizite beseitigen. Vertreter von Stadt- und Provinzregierung, des lokalen Organisationskomitees und der Wissenschaft bringen bei dem fünfteiligen Workshop ihre Expertise ein und entwickeln gemeinsame Lösungen.

KAS KOOPERIERT MIT NOBELPREISTRÄGER RAJENDRA PACHAURI

Die KAS in Indien arbeitet im Bereich der Energiesicherheit eng mit TERI (The Energy and Resources Institute) zusammen, deren Direktor Dr. Rajendra K. Pachauri (Foto) für seine Arbeit als Vorsitzender des UN-Weltklimarats zusammen mit Al Gore jüngst den Friedensnobelpreis erhalten hat. Kurz nach der Bekanntgabe des Nobelpreiskomitees führte die KAS mit TERI eine Konferenz zum Thema „Energy, Climate,



and Security: The Inter-Linkages“ durch, auf der indische, deutsche und US-amerikanische Regierungsangehörige, Sicherheitsexperten und Abgeordnete die Zusammenhänge zwischen Energie, Klimawandel und der regionalen sowie globalen Sicherheitspolitik diskutierten.

+++ KURZMELDUNG +++

Indonesien: KAS unterstützt Klimaschutz

Indonesien ist heute nach den USA und China der drittgrößte CO₂-Produzent und gilt als der schnellste Waldzerstörer der Welt! Die KAS in Jakarta hat ihre Kooperationspartner mit indonesisch untertitelten Versionen des Films von Friedensnobelpreisträger Al Gore „Eine unbequeme Wahrheit“ ausgestattet. Der Nutzen besteht darin, den Film einer breiteren Öffentlichkeit verständlich zu machen und damit einen Beitrag zu Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung über den Klimawandel zu leisten.

PFEIFFER DISKUTIERT ENERGIEPOLITIK IN PARIS

Im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris und der deutsch-französischen Industrie- und Handelskammer hielt der Energie-Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer MdB, vor rund 200 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einen Vortrag zum Thema: „Aktuelle energiepolitische Herausforderungen nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“.



Pfeiffer nannte fünf zentrale energiepolitische Herausforderungen: 1. die weltweit dramatisch wachsende Energienachfrage, 2. der Klimaschutz, 3. die Versorgungssicherheit, 4. die Verfügbarkeit von Energie als politisches Druckmittel, 5. der Investitionsrückstand im Energiesektor. Er betonte die Bedeutung der Energiepolitik für Europa, da die Importabhängigkeit zunehme. Die Zeit der rein nationalen Energiepolitik sei deshalb vorbei. Energiepolitik sei eine globale Frage, auf die Europa eine gemeinsame Antwort finden müsse. Als Lösung sieht Pfeiffer eine Zwei-Wege-Strategie für Europa: Nach innen gelte es, als Energiebinnenmarkt weiter zusammenzuwachsen und die gemeinsamen Ziele umzusetzen. Nach außen sei es entscheidend, die Interessen gemeinschaftlich zu vertreten. Nötig sei dafür eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik.

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



ANJA CZYMMECK

- Ist seit August 2007 Auslandsmitarbeiterin in Fortaleza/Brasilien
- War zuvor Länderreferentin im Team Lateinamerika und Auslandsmitarbeiterin in Caracas/Venezuela
- Kontakt: anja.czymmeck@adenauer.org.br



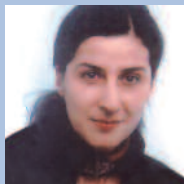
DR. LARS PETER SCHMIDT

- Ist seit November 2007 Leiter des Auslandsbüros in Moskau/Russland
- War zuvor Auslandsmitarbeiter in Thailand und in der Türkei
- Kontakt: info@adenauer.ru



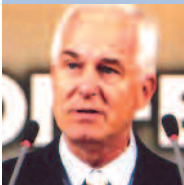
ANDREAS MICHAEL KLEIN

- Hat seit Oktober 2007 das Auslandsbüro in Riga/Lettland übernommen
- War zuvor Leiter des Bildungswerks Düsseldorf und Auslandsmitarbeiter in Mazedonien
- Kontakt: andreas.klein@kas.de



DR. CANAN ATILGAN

- Ist seit Dezember 2007 Leiterin des Auslandsbüros in Bangkok/Thailand
- War zuvor in der Hauptabteilung Politik und Beratung als Koordinatorin für Europapolitik und bereits für die KAS in den palästinensischen Autonomiegebieten als Auslandsmitarbeiterin tätig
- Kontakt: canan.atilgan@kas.de



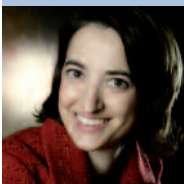
DR. ANDREAS VON BELOW

- Hat seit Dezember 2007 das Auslandsbüro in Sofia/Bulgarien übernommen
- War zuvor Leiter des Auslandsbüros in Riga/Lettland
- Kontakt: kas.sofia@mb.bia-bg.com



SUSANNE KÄSS

- Ist seit Oktober 2007 Trainee im Auslandsbüro Mexiko-Stadt
- Studierte in Passau Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien mit dem Schwerpunkt Lateinamerika
- Kontakt: s.kaess@kasmex.org.mx



KATJA CHRISTINA PLATE

- Ist seit November 2007 Auslandsmitarbeiterin für die Region „Südlicher Kaukasus“
- War zuvor als Projektkoordinatorin „Werte, Religion und Politik in Europa“ tätig
- Kontakt: katja.plate@kas.de



ANKE LERCH

- Ist seit Oktober 2007 in Vorbereitung auf ihren Auslandseinsatz in Nairobi/Kenia
- War zuvor in Tansania und im Senegal als Auslandsmitarbeiterin sowie als Länderreferentin im Team Afrika/Nahost tätig
- Kontakt: anke.lerch@kas.de



DR. THOMAS KNIRSCH

- Ist seit November 2007 Leiter des Auslandsbüros in Kuala Lumpur/Malaysia
- War zuvor Leiter der Personalabteilung Ausland für die Stiftung bereits in Uganda und Südafrika als Auslandsmitarbeiter tätig
- Kontakt: thomas.knirsch@kas.de

GERD D. BOSSEN †



Die Konrad-Adenauer-Stiftung trauert um ihren Mitarbeiter Gerd Dieter Bossen, den Leiter des Rechtsstaatsprogramms in Afrika südlich der Sahara, der überraschend am 18. Juli 2007 verstarb.

Gerd Bossen war über 25 Jahre für die Konrad-Adenauer-Stiftung tätig, weil er „etwas bewegen wollte“. Den Menschen helfen, Demokratie und Rechtsstaat fördern – dies waren seine zentralen Anliegen. Als Kind ist er mit seiner Familie aus Nordfriesland nach Angola ausgewandert. Daher rührte seine besondere Affinität zu Afrika. Er baute das Büro der KAS in Durban in Südafrika auf und führte gegen den Widerstand der damaligen Apartheid-Regierung Projekte zur Förderung der Gleichberechtigung und Demokratie durch.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Deutschland als Richter am Amtsgericht Husum war er Leiter des KAS-Büros in Athen, später Leiter des Regionalbüros Südosteuropa in Sofia und zuständig für die gesamte Arbeit der Stiftung auf dem Balkan. 1995 übernahm er die Vertretung der KAS in Russland. Es gelang ihm, die Arbeit der Stiftung in die Regionen auszudehnen und einen erfolgreichen Rechtsstaatsdialog mit Russland zu etablieren.

Nach siebenjähriger Tätigkeit in Moskau ging er nach Kenia, war dort zunächst als Landesbeauftragter und anschließend als Leiter des neuen regionalen Rechtsstaatsprogramms tätig, das er in kürzester Zeit erfolgreich etablierte.

Gerd Bossen war eine kantige, offene Persönlichkeit, jemand, der aussprach was ihn bewegte, verlässlich, engagiert und von allen geschätzt.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

ANUARIO DE DERECHO CONSTITUCIONAL LATINOAMERICANO 2007 – 13. AÑO



Die 13. Ausgabe des vom Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika herausgegebenen Lateinamerikanischen Verfassungsrechtsjahrbuchs ist erschienen: Die renommierte, zweibändige Publikation enthält unveröffentlichte Beiträge angesehener Autoren aus Lateinamerika und Europa zu aktuellen Entwicklungen des Verfassungs- und Verfassungsprozessrechts, des Grund- und Menschenrechtsschutzes sowie des Integrations- und des Völkerrechts, den Schwerpunktthemen des Rechtsstaatsprogramms. Tomo I (450 Seiten), Tomo II (382 Seiten), Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,

Montevideo 2007

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/proj/home/pub/13/4/index.html>

DER ISLAM UND DAS CHRISTENTUM – EIN VERGLEICH DER GRUNDWERTE ALS BASIS FÜR EINEN INTERRELIGIÖSEN DIALOG



Die KAS in der Türkei veranstaltet seit einigen Jahren eine Reihe von Maßnahmen zum interreligiösen Dialog. In Ankara befasste sich ein internationaler Workshop mit dem Vergleich der Grundwerte im Christentum und Islam und dem Verhältnis zu politischen, gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Themen wie Religion und Philosophie, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, Eigenverantwortung, Gemeinschaftssinn, Individualismus, Nächstenliebe, Rollenverteilung der Geschlechter in der Familie sowie aktuelle Fragestellungen zur Gentechnologie, Sterbehilfe und Organtransplantationen wurde von deutschen und türkischen Experten diskutiert. Die zusammengefassten Konferenzbeiträge sind jetzt in einer Publikation veröffentlicht worden.

■ **Bezug:** KAS-Auslandsbüro Ankara

THESENPAPIER: GLOBALE ORDNUNGSPOLITIK



Wer die Globalisierung als jahrhundertelangen Prozess und als irreversibles Faktum begreift, der kann sie zugleich auch leichter in ihrem Entwicklungspotential und als Chance für Fortschritt betrachten. Das Thesenpapier „Globale Ordnungspolitik“ skizziert die Globalisierung als überregionale Herausforderung und zeigt – orientiert an spezifischen Sektorthemen – Lösungsansätze auf. In allen Bereichen ist die KAS als Diskussionspartner beteiligt und wirkt aktiv an der Gestaltung künftiger Ordnungsmöglichkeiten mit.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.12331/>

INT – ONLINE

Alles Wissenswerte rund um die Internationale Zusammenarbeit der KAS



- **Leitlinien der Internationalen Zusammenarbeit:** Zukunftsthemen, Ansprechpartner
- **Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik:** Projekte, Analysen, Veranstaltungen
- **Entwicklungspolitik:** Maßnahmen, Thesen, Publikationen
- **Länderinformationen:** Auslandsbüros, Länderberichte, Interviews

<http://www.kas.de/international/>